



GUTES GEWISSEN

Vor Staatsbankrott und Geldentwertung
verheißten Fonds Schutz.
Und helfen bisweilen sogar der Umwelt

Erst bei Ebbe erkennt man, wer nackt badet! Der Spruch des legendären US-Investors Warren Buffett bewahrheitet sich jetzt. Griechenland hat allen klargemacht, wohin Überschuldung führt.

Ratlos nach dem Griechenland-GAU. Nach der Erkenntnis folgt die Ratlosigkeit. Geldanleger wissen nicht mehr, wohin mit ihren Ersparnissen. Der nur mühsam verhinderte Staatsbankrott der Griechen wirbelte alte Gewohnheiten an den Kapitalmärkten kräftig durcheinander.

1. Früher die wertstabile D-Mark, dann der feste Euro. Das war einmal. Seit in der europäischen Währungsunion ein Staat nach dem anderen durch seine extreme Verschuldung Schlagzeilen macht, mutiert der Euro zur Weichwährung.

Fazit: Vom Dollar gehen derzeit kaum Abwertungsgefahren aus. Im Gegenteil, wer in Dollar-Quellen investiert, diversifiziert sein Hab und Gut.

2. Die Krise im Süden Europas bescherte den Anleihen der Bundesrepublik Deutschland immense Kursgewinne. Die Flucht in den sicheren Hafen hat umgekehrt aber auch zur Folge, dass Festverzinsliche historisch niedrige Renditen abwerfen. Mit 0,2 Prozent für Tagesgeld und keinen drei Prozent für zehnjährige Laufzeiten schwindet die Gewissheit, die Ersparnisse vor Geldentwertung zu schützen.

Fazit: Investments in Papierform erhalten nach Abzug von 25 Prozent Abgeltungsteuer, 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag und bis zu neun Prozent Kirchensteuer kaum die Kaufkraft.

3. Schutz vor Inflation wird aber immer wichtiger. Denn die Unsummen, die Regierungen und

Notenbanken zuerst zur Bankenrettung, dann zur Konjunkturanhebung und zuletzt zur Euro-Stütze in Umlauf bringen, bedrohen die Geldwertstabilität. „Wir Deutsche müssen aufpassen, dass wir nicht auch unsere Stabilität riskieren“, sagt Wirtschaftsprofessor Joachim Starbatty. „Wir bekommen ein Problem, wenn wir nicht nur unsere Schulden, sondern die von ganz Europa bezahlen.“

Schreckgespenst Inflation. Experten rechnen bereits die Folgen der rotierenden Gelddruckmaschinen für die Inflation aus: „Im schlimmsten Fall drohen fünf Prozent“, sagt Thomas Straubhaar, Chef des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts HWWI. Und die Commerzbank warnt ihre Kunden: „Wenn die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kommt, müssen wir in den nächsten fünf Jahren mit drei bis fünf Prozent Teuerung rechnen.“ Joachim Starbatty prophezeit: „Aus der Währungsunion wird eine Inflationsunion.“

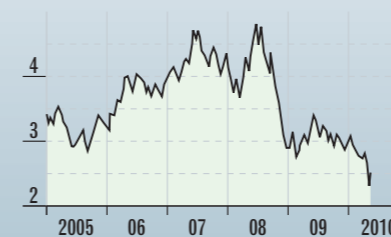
Schuld an der wohl kaum noch zu vermeidenden Renaissance der Inflation werden die Staaten und Notenbanken haben. Klaus Kaldemorgen, Sprecher der Geschäftsführung der Fondsgesellschaft DWS, glaubt, dass uns die niedrigen kurzfristigen Zinsen längere Zeit erhalten bleiben: „Schließlich können die Zentralbanken den Politikern nicht in den Rücken fallen.“ Höhere Zinsen zur Inflationsbekämpfung würden sowohl die Wirtschaft abwürgen als auch das Schuldenproblem noch weiter eskalieren lassen.

HWWI-Chef Straubhaar ahnt: „Die USA, England, hochverschuldete Euro-Länder – sie alle hätten gegen eine höhere Inflationsrate wohl nichts ein- ▶

Zinsen out

Historisch tiefe Renditen für erstklassige Anleihen verleiden den Kauf.

% Deutsche Umlaufrendite

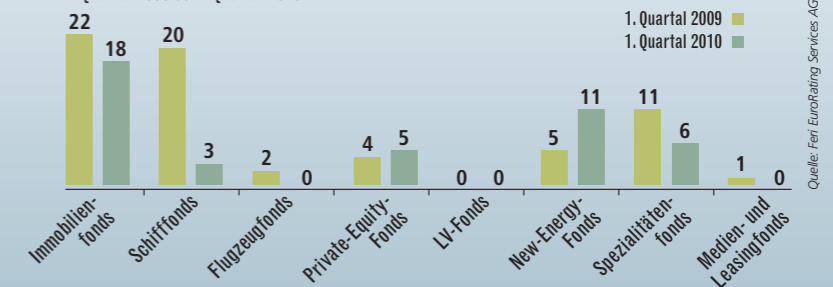


Quelle: comdirect

Sonne in

Fonds investieren in viele Branchen, besonders stieg bei Anlegern zuletzt die Lust auf Solaranlagen.

Aufgelegte Fonds
1. Quartal 2009 vs. 1. Quartal 2010



Quelle: Fern EuroRating Services AG



„Unverändert herrscht bei den Anlegern ein hohes Sicherheitsbedürfnis vor. Sie suchen risikoarme Investments mit stabilen Cashflows“

Wolfgang Kubatzki,
Leiter Geschlossene
Beteiligungen bei Feri

zuwenden.“ Zu Recht haben also wieder viele Anleger Angst, durch steigende Preise und der damit verbundenen Entwertung des Geldes einen Teil ihrer Ersparnisse zu verlieren.

Sachwerte als Lösung. Inflation, Minirenditen und Kursverluste lassen Anleger verzweifelt nach wertstabilen Sachwerten suchen. Zwar verheißen Gold, Immobilien und unternehmerische Beteiligungen wie Aktien oder Geschlossene Fondsbeteiligungen Schutz vor Staatskrisen, Umschuldungen, Währungsreformen und Kaufkraftverlusten. Doch nicht alle eignen sich für jeden Geldbeutel und jedes Anlageziel.

Bei Gold beispielsweise stört die umständliche Lagerhaltung. Zudem wirft es keine regelmäßigen Erträge ab. Der Direkterwerb eines Mietshauses sprengt meist das Budget. Auch scheuen viele die stressige Verwaltung und Betreuung des Betongolds. Bei Aktien nerven unregelmäßige Dividendenausüttungen und heftige Kursschwankungen.

Bleiben Geschlossene Fonds, wenn sie eine unternehmerische Beteiligung, attraktive Renditen und gut kalkulierbare Ausschüttungen bieten. Zusatznutzen beschieren sie, wenn sie nachhaltige und umweltfreundliche Investments tätigen – wie Solaranlagen oder Kerosin sparende Flugzeuge. Wenn sie

also dem Anleger neben Profit und Ausschüttungen auch dabei helfen, Natur und Umwelt für die nachfolgenden Generationen zu erhalten. Daher sprechen die Initiatoren längst nicht mehr den Steuersparttrieb der Anleger an, sondern versuchen, mit ihren Investments eher Emotionen beim Anleger zu wecken. Sie erfüllen ihnen ihren Heißhunger nach realen Werten zum Anfassen.

Dass Geschlossene Fonds gern von Älteren gefragt werden, liegt auch an ihren schlechten Erfahrungen mit Inflation. 2009 waren nach Feri-Erkenntnissen 44,4 Prozent der Fondszeichner über 60 Jahre alt. Im Jahr 2008 waren es lediglich 38,3 Prozent. Vor zehn Jahren lag der Anteil der über 60-Jährigen bei nur 19 Prozent. Insbesondere die Gruppe der über 70-jährigen Fondszeichner wuchs stark an. Während 2008 nur jeder achte älter als 70 Jahre war, gehörte 2009 bereits jeder fünfte Fondszeichner in diese Altersgruppe. Der Anteil der Zeichner bis 40 Jahre betrug hingegen nur noch 10,3 Prozent. Zum Vergleich: 1999 waren 30,8 Prozent der Fondszeichner nicht älter als 40 Jahre.

Hang zu risikoarmen Investments. Verstärkt fanden im ersten Quartal 2010 auch professionelle Anleger wie Pensionskassen und Family Offices, die bekannt sind für besonders akribische Produktprüfungen, Gefallen: Sie haben nach Erkenntnissen des Verbands Geschlossener Fonds (VGF) 181,2 Millionen Euro – macht rund 21 Prozent des im ersten Quartal 2010 platzierten Eigenkapitals – in Beteiligungsmodelle investiert.

Allerdings offenbaren die Statistiken auch, dass die vielen Krisen die Emissionshäuser zurückhaltender agieren lassen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigte im ersten Quartal 2010 nur 43 neue Geschlossene Fonds. Das ist ein Drittel weniger als noch im Vorjahresquartal.

Gegen den Trend konnten allerdings New-Energy-Fonds zulegen. Sie verzeichneten den größten prozentualen Zugewinn beim prospektierten Eigenkapital. „Unverändert herrscht bei den Anlegern ein hohes Sicherheitsbedürfnis vor. Sie suchen risikoarme Investments mit stabilen Cashflows. Immobilienfonds und New-Energy-Fonds können dieses Bedürfnis am ehesten erfüllen“, kommentiert Wolfgang Kubatzki, Leiter Geschlossene Beteiligungen bei Feri EuroRating Services, den Zuwachs.

Auch Kevin Parker, Chef des Asset Management der Deutschen Bank, meint, der Klimawandel sei „der größte Investmenttrend aller Zeiten und ▶

Deutschland spart Steuern.

Die besten Steuer-Tipps. Immer mittwochs. Immer in FOCUS-MONEY.



FAKTEN MACHEN GELD.

GESCHLOSSENE FONDS

sicherlich der größte in meinem Leben“. Nach dem gescheiterten Klimagipfel in Kopenhagen sei das Interesse an Produkten und Studien zum Klimawandel „so groß wie nie“. Seine Bank erweitert das magische Dreieck, das die Anlageziele Rendite, Sicherheit und Liquidität umfasst, um eine neue Dimension: um „nicht monetäre bzw. extra-finanzielle Zielsetzungen“. Dazu zählen die Banker verantwortliche und nachhaltige Geldanlagen. Sie favorisieren also neuerdings ein magisches Viereck.

Gesetzesänderung ante portas. Unabhängig von den Trends in der Branche gelten für Anleger, Vertrieb und Initiatoren bald neue Spielregeln. Was sich ändern könnte, hat das Finanzministerium in seinem Entwurf für ein „Gesetz zur Stärkung des Anlegerschutzes und Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarkts“ bereits an die Wand gemalt. Nach dem Willen der Berliner soll es künftig Qualifizierungsanforderungen für Vertriebe und die Pflicht zur Offenlegung von Provisionen geben. Auch das Gebot der anlegergerechten Beratung soll künftig im Gesetz verankert werden.

Zwar handelt es sich bisher nur um einen Entwurf, doch die Folgen werden bereits heiß diskutiert.



„Der Klimawandel ist wahrscheinlich der größte Investmenttrend aller Zeiten und sicherlich der größte in meinem Leben“



Kevin Parker, Chef des Asset Management der Deutschen Bank

MARKTANALYSE

So kritisiert der Branchenverband VGF, dass Anteile an Geschlossenen Fonds künftig als Finanzinstrumente qualifiziert werden sollen. Durch die ausufernde Anwendung des Kreditwesengesetzes und des Wertpapierhandelsgesetzes würden freie Vertriebe und kleinere Emissionshäuser in ihrer Existenz bedroht. Die „Regelungen gehen über die Grenzen dessen hinaus, was der einzelne Berater leisten kann. Sachgerechter und praktikabler wären Regeln nach dem Vorbild der Versicherungsvermittler in der Gewerbeordnung. Das Schutzniveau für den Anleger wäre dasselbe“, kommentiert Eric Romba, Hauptgeschäftsführer des VGF.

Was der Entwurf durch überzogene Aufsichtsanforderungen für Vertriebe und Emissionshäuser zu viel regelt, lässt er nach VGF-Meinung an anderer Stelle vermissen – nämlich die so wichtigen Markteintrittsbarrieren für unseriös arbeitende Verkäufer Geschlossener Beteiligungsmodelle. „Auf Basis des aktuellen Entwurfs verhindert der Gesetzgeber jedenfalls nicht, dass unseriöse Anbieter weiterhin ungehindert das Geld privater Anleger akquirieren können“, klagt Romba. Der Verband hatte vorgeschlagen, Mindestkapital vorzusetzen und Qualifikationsnachweise von Managern der Initiatoren und der Fonds zu fordern.

Johannes Nölke, Partner bei der Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Optegra, glaubt, dass Emittenten Geschlossener Fonds, die ihren Vertrieb bislang überwiegend über kleinere freie Vertriebe organisieren, künftig Probleme bekommen. Er vermutet, dass der Vertrieb über Banken an Bedeutung gewinnt. Denn die „erfüllen bereits die Erfordernisse der neuen Regelung“. Auch dürften sich „professionell aufgestellte Emissionshäuser in der Umsetzung der Anforderungen leichttun“.

Zu den weiteren zu befürchtenden Folgen einer Gesetzesänderung zählen laut Nölke höhere Kosten. So müssen Risikomanagementsysteme installiert werden. Auch werden die Prospekte künftig noch dicker. Allerdings glaubt er nicht, dass die Produktqualität durch die Gesetzesinitiative positiv beeinflusst wird: „Es wird auch in Zukunft gute und schlechte Produkte geben.“

Fazit nach dem Griechenland-GAU und vor der Gesetzesänderung: Anleger müssen die Beteiligungsangebote wie in der Vergangenheit sehr gewissenhaft prüfen, bevor sie einen Teil ihrer Ersparnisse langfristig binden. ■